



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Susann Biedefeld SPD**

**„Falsche“ Kunstpelze aus tierquälerischer Produktion –  
Was unternimmt die Staatsregierung gegen diese Verbrauchertäuschung?**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,

- was sie bisher unternommen hat und was in Zukunft unternommen werden kann, um den Verkauf von „falschen“ Kunstpelzen, also echten Pelzen aus tierquälerischer Produktion, mit falscher Etikettierung zu unterbinden;
- in welchem Umfang und wo in diesem Zusammenhang Kontrollen und dem entgegenwirkende Maßnahmen durch die bayerische Gewerbeaufsicht oder andere Behörden stattgefunden haben;
- welche Ergebnisse dies gezeitigt hat;
- ob die Darstellung der Stiftung Warentest zutreffend ist, dass diese Form der Verbrauchertäuschung selbst bei einem eindeutigen Nachweis keine Sanktionen oder Bußgelder für die diese Ware verkaufenden Einzelhändler nach sich zieht;
- was die Staatsregierung ggf. konkret unternommen hat, um diesen unbefriedigenden Zustand zu beenden und Sanktionen gegen solche Händler zu ermöglichen.

### **Begründung:**

Die Stiftung Warentest hat im Januar dieses Jahres darüber informiert, dass falsche Kunstpelze aus tierquälerischer Produktion in größerem Umfang mit falscher Etikettierung an ahnungslose Verbraucherinnen und Verbraucher verkauft werden. Auch in den Jahren zuvor wurde über dieses Thema immer wieder in verschiedenen Medien berichtet. Offensichtlich konnten diese Zustände aber nicht beendet werden. Auch aus bayerischen Städten gibt es aktuell Berichte über den Verkauf solcher tierquälerisch erzeugter Kleidung. Das kann aber aus Gründen des Tier- und Verbraucherschutzes nicht hingenommen werden. Die Politik darf dieses Thema auch nicht allein den Verbraucherzentralen überlassen oder darauf hoffen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher umfassend über solche Aspekte informiert sind und dementsprechende Vorsicht beim Einkauf walten lassen. Gerade auch die Staatsregierung steht in der Verantwortung, den bayerischen Einzelhandel in die Pflicht zu nehmen und diesbezüglich zu kontrollieren. Verstöße müssen in diesem Zusammenhang konsequent geahndet werden.